

Neujahr 1893.

Profit Neujahr! Taufendfüßig klettert von
Hand zu Hand oder flücht's einem auf einer
Neujahrskarte am 1. Januar ins Haus. Im
Mittelalter freilich nicht an diesem Tage, sondern
am 25. März; erst im 16. Jahrhundert ist der
1. Januar, ein Erbe der römischen Kalender,
wieder zu allgemeiner Geltung gelangt. Vom
5. Jahrhundert an feierte man den Jahresanfang
am 1. März, und die Republik Venedig rechnete
so bis zu ihrem Untergang, während man in
Frankreich, wo man früher den Jahresanfang
am 25. Dezember gefeiert hatte, seit dem 13.
Jahrhundert das Jahr mit Oren begann. In
Byzanz und Italien dagegen lag man das Jahr
am 1. September an.

Deute dir's allgemein der 1. Januar, ein
ganz willkürliches Datum, so willkürlich wie die
Hoffnungen und Wünsche der Menschen, die sich
an diesen Tag knüpfen. Nichts ist anders im
Lauf der Natur und der Welt, weil zufällig Neujahrstag
ist, und doch ist's gut, daß der Jahres-
anfang gefeiert wird. Denn er ist jedem Men-
schen zu: Wieder ein Jahr vorbei! und aus
jeder aufrichtigen Menschenbrust tönt als Echo
die Frage: Was ist Dir das vergangene Jahr
gewesen für dich selbst, für Deine äußeren Ver-
hältnisse, für Deinen inneren Menschen, für
Dein Wissen und Verstand, für Deine Vor-
bereitung auf die Zukunft, wo tausend Jahre sind
wie ein Tag, der geflohen veranlagt?

Den einen ist das Jahr schnell vergangen in
Stillstand und Segen, den anderen in Jammer und
Kummer, in Leid und Schmerz, in Trübsal und
Gruß. Das neue Jahr mit neuer Hoffnung:
Die einen, daß das kommende sei, wie das ver-
gangene, die anderen, daß mit der Jahreswende
auch ihr Geschick wende. — Profit Neujahr!
Ja, geeignet sei das neue Jahr einem Jere!
wer möchte das nicht wünschen! Aber den Segen
kannst Du nicht aus Deinem Gefäß oder aus
einer Vorsehung, und auch das Neujahrsges-
chenk, das Jeder bekommen mag, möge, der auf
ein solches hoffen konnte, ist keine Barmherzigkeit
des kommenden Segens. Zwei Quellen aber hat
ein gutes neues Jahr: Deinen Gott und Dich
selbst. „Denn der Segen kommt von oben“ —
es ist ein Wort unseres Schiller, und es ist ihm
ernst damit gewesen — willst Du Dich Deines
guten Dichters schämen? Der hat sich u. a.
sein Wort vielfach im abgekauften Jahr an Dir
bewährt? Und hast Du das nicht gefürchtet,
merk auf im kommenden Jahr, Du wirst es
männlich fühlen.

Die andere Quelle aber sprudelt in Dir
selbst: wenn Du Dein Glück nicht in Dir
findest, in Deinem eigenen Herzen, so kann es
niemand geben. Das Herz aber hat nach den
Worten eines Kirchenvaters seine Ruhe, es ruhe
dann in Gott. Und daher Deine Zufriedenheit,
Geduld, Standhaftigkeit, das kommende Jahr
bringe, was es bringe.

Die ältesten Neujahrskarten stammen aus
dem Anfang des 15. Jahrhunderts. Es sind
große Holzschnitte, nicht die feinen Ritzungen
heutzutage, aber auch nicht mit all den Nichtig-
keiten unserer Neujahrskarten. In der Regel ist
auf denselben das Christkind zu sehen, mit
einem Band in den Händen, auf dem zu lesen:
„Ein gut füllig ist“ oder etwas dergleichen.
Dieses gute, füllige Jahr, das uns das Christ-
kind gebracht hat, wünschen wir allen unsern
Lesern. Und so: Profit Neujahr!

Deutschland.

Berlin, 31. Dezember. Der Kaiser und
die Kaiserin unternahmen am heutigen Morgen
eine längere gemeinsame Spazierfahrt, von wel-
cher dieselben gegen 10 Uhr Vormittags nach dem
königlichen Schloß zurückkehrten. Von Vor-
mittags um 11 Uhr an horte der Kaiser den
Bericht des Chefs des Generalstabes der Armee,
Graf von Schlieffen II, und anschließend hieran
den des Generals v. Hahnke. Später arbeitete der
Kaiser einige Zeit mit dem Chef des Zivil-
Kabinetts Dr. v. Lucanus und hatte hierauf noch
eine Konferenz mit dem Minister Thielens.
— Die Weihnacht der kommandierenden Gene-
rale ist bereits heute Vormittags hier einge-
troffen.
— Das große Beiden am Neujahrstage früh!

5 Uhr wird berathen ausgeführt, daß das Trom-
peten-Korps des Garde-Artillerie-Regiments von
der Kuppel der Schloßkapelle einen Choral und
einige geistliche Lieder bläst und die Spieltheater
der hiesigen Regimenter der 2. Garde-Infanterie-
Brigade mit den Hobbisten des 2. Garde-Regi-
ments zu Fuß unter Führung eines Adjutanten
vom inneren Schloßhof vor Portal 1 des könig-
lichen Schloßes aus durch dieses Portal über den
Schloßplatz, die Schloßfreiheit und dann die Fin-
den (Mittelweg) bis zum Brandenburger Thor
und ebenso zurückmarschieren. Um 10 Uhr findet
in der Garnison- und St. Michaelskirche Gottes-
dienst statt, bei dem die Truppen durch Abord-
nungen vertreten sind. Bei Beginn der Militär-
four vor Ihren kaiserlichen Majestäten werden
von der im Aufmarsch aufgestellten Leib-Batterie
1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments 101 Salu-
tenschüsse abgegeben. Um 12 Uhr Mittags ist im
Kithof des Zeughauses in Gegenwart Seiner
Majestät des Kaisers und Königs Parolessange.

In einigen Blättern, welche dem neu-
dings an den Reichstag gelangten Gesetzentwurf
über die Regelung der Abzahlungsgehalte eine
Verachtung gewidmet haben, wird die Behaup-
tung aufgestellt, daß, wenn die im Entwurfe vor-
gezeichnete Verringerung der Abzahlungsgehalte
Geltung finden würde, die Abzahlungsgehalte,
welche nicht völlig eingehen, so doch auf eine ganz
kleine Zahl beschränkt werden würden. Wir er-
innern dem gegenüber daran, daß, als in der No-
velle zum Krankenversicherungs-Gesetz Neuerungen
betreffs der freien Hilfskassen getroffen werden
sollten, dieselben Blätter den völligen Untergang
der letzteren in sichere Aussicht stellten. Diese
Vorhersage hat sich später als nicht bloß über-
trieben, sondern völlig grundlos herausgestellt.
Jeden Tag bringt der „Reichsanzeiger“ neue Be-
schränkungen über die Anerkennung von freien
Hilfskassen als gesetzliche Korporationen. Ja, es
liegen so viele Anträge auf diese Anerkennung vor,
daß ein besonderes Gesetz geschaffen werden mußte,
damit die Anträge auch noch nach dem 1. Januar
1893 ihre Geltung finden können. Wie es
mit den freien Hilfskassen gewesen ist, so wird
es auch mit den Abzahlungsgehalten sein. Die
Abzahlungsgehalte werden auch nach der Ver-
änderung der Abzahlungsgehalte in der Verwir-
lungskasse hinreichenden Gewinn abwerfen und werden des-
halb auch weiter betrieben werden.

Die deutsche Seeschiffbau-Industrie kann
sich zwar an Umfang und Bedeutung nicht ent-
fernt mit der englischen vergleichen, an dem Maß-
stabe ihrer technischen Leistungsfähigkeit gemessen,
erscheint sie indessen jeder Schiffbau-Industrie
der Welt, insbesondere der englischen, als un-
verhältnißmäßig überlegen. Während des
Jahrs 1892 wurden in Deutschland 48
Schiffe von 54,063 Tons. Abgegeben von Eng-
land, wurden die Leistungen der deutschen
Schiffbau-Industrie der Zahl nach nur von der
vereinigten spanisch-amerikanischen Schiffbau-Industrie
mit 98 Schiffen übertraffen, deren Tonnage aber
nur 47,347 erreichte. Von allen übrigen
Staaten Europas käme nur noch Frankreich mit
36 Schiffen von 26831 Tons in Betracht. Was
bautechnische Vollendung anlangt, so werden die
deutschen Schiffe weitaus von denen der „Vul-
kan“ bei Stettin eines Weltraufs ge-
nießt, von niemandem übertroffen, wohl aber ist
es Thatsache, daß deutsche Schiffe wegen ihrer
Bewegungsanfertigkeit und Seetüchtigkeit auch
von Angehörigen anderer Nationen mit Vorliebe
aufgekauft werden — wir erinnern nur an die
mächtige internationale Frequenz der großen
Ozeandampfer unter Hamburger und Bremer
Flagge, an die Beförderung der amerikanischen
Post auf den deutschen, als den schnellsten
Dampfern, sowie an die bis jetzt vergeblichen
Versuche der Engländer, das an die deutsche
Küsten verlorene Territorium wiederzugewinnen.

In der Frage des Religionsunterrichts
der Diszidenten, die zur ewiglichen Ent-
scheidung das bekannte Rezipit des Kultusmi-
nisters dem Reichstages überweist, legen bereits
nach dem „Vorworte“ mehrere gerichtliche Er-
kenntnisse vor. In Brandenburg a. N. wurde
Rechtsanwalt Graw, gegen den 18 Strafbmandate
theils a 3, theils a 6 Mark ergangen waren, von
dem Schöffengericht des Kammergerichts vom Jahre
1889 laut Verfassung und Landrecht kein Diszi-
plin schuldig befunden, sondern, da das Trom-
peten-Korps des Garde-Artillerie-Regiments von
der Kuppel der Schloßkapelle einen Choral und
einige geistliche Lieder bläst und die Spieltheater
der hiesigen Regimenter der 2. Garde-Infanterie-
Brigade mit den Hobbisten des 2. Garde-Regi-
ments zu Fuß unter Führung eines Adjutanten
vom inneren Schloßhof vor Portal 1 des könig-
lichen Schloßes aus durch dieses Portal über den
Schloßplatz, die Schloßfreiheit und dann die Fin-
den (Mittelweg) bis zum Brandenburger Thor
und ebenso zurückmarschieren. Um 10 Uhr findet
in der Garnison- und St. Michaelskirche Gottes-
dienst statt, bei dem die Truppen durch Abord-
nungen vertreten sind. Bei Beginn der Militär-
four vor Ihren kaiserlichen Majestäten werden
von der im Aufmarsch aufgestellten Leib-Batterie
1. Garde-Feld-Artillerie-Regiments 101 Salu-
tenschüsse abgegeben. Um 12 Uhr Mittags ist im
Kithof des Zeughauses in Gegenwart Seiner
Majestät des Kaisers und Königs Parolessange.

bent verpflichtet sei, sein Pinter am Lehrplan-
mäßigen Religionsunterricht theilnehmen zu
lassen. Dagegen haben die Schöffengerichte in
Weißensee und Köpenick die Strafbmandate be-
stätigt. In diesen beiden Fällen ist Berufung
eingeleitet. Auf Kosten der freireligiösen Gemeinde
in Berlin, welcher sämtliche Angeklagte ange-
hören, wird Rechtsanwalt Heine die Prozesse
führen.

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: In der Kom-
mission des Reichstages, der die Militärverord-
nungen über die Wehrpflicht in der Wehrver-
fassung ist, wird es sich nach der Wiederauf-
nahme der Sitzungen wohl zunächst darum han-
deln, festzustellen, was unter den „Konsequenzen
der zweijährigen Dienstzeit“ von denjenigen pa-
ramentarischen Gruppen verstanden wird, welche
dieses Schlagwort als Bezeichnung ihrer Ein-
stellung zu der Vorlage verwenden. Auf der kleri-
kalen Seite hat man sich über die Bedeutung
dieses bisher jeder näheren Angabe enthalten.
Deutschfreisinnigseits wird jetzt in der „Frei-
Ztg.“ bargelegt, daß es bedeute: Erhöhung der
Rekruten-Einstellung um höchstens 24,000 Mann
(statt 60,000), der Zahl der Offiziere um 700
(statt 2138), der Unteroffiziere um 2800 bis
3000 (statt 11,857) und Steigerung der Aus-
gaben um 10 Millionen Mark (statt 64 Mil-
lionen). Dieses Ergebnis wird in der Haupt-
sache dadurch erzielt, daß die bekannten, sich auf
nahezu 20 Millionen Mark belaufende Berech-
nung der Mehrkosten der zweijährigen Dienstzeit
seitens des Generals Vogel von Falckenstein zu
Grunde gelegt, dann Alles abgezogen wird, was
von den Forderungen derselben in der Vorlage
nicht enthalten ist, dagegen aber Alles ignoriert
wird, was die Verfassung derselben übersteigt, ab-
weichend von dem General Vogel von Falcken-
stein, für „Konsequenzen der zweijährigen Dienst-
zeit“ hielten. Einer der wichtigsten Gesicht-
spunkte der Vorlage: daß es uns für den Kriegs-
fall an Offizieren und Unteroffizieren für die
alsdann neu aufzustellenden Truppentheile aus-
reicht, damit die erforderlichen Abgaben
seitens der Einkommensteuer nicht zu hoch werden,
bleibt bei dem Schlagwort von den „Konsequen-
zen der zweijährigen Dienstzeit“ überhaupt unbe-
rücksichtigt.

Auch eine offizielle Erklärung zur Militär-
vorlage wird heute abgegeben; die „Nordd. Allg.
Ztg.“ schreibt:

„Der Abgeordnete Dr. Lieber hat sich gegen-
über der Möglichkeit, daß die veränderten Rege-
rungen, wenn die Militärverordnungen im Reichstag
nicht zur Annahme gelangt, im Sinne der „Rei-
nen aber guten Armee“ zur vollen zweijährigen
Dienstzeit zurückkehren könnten, auf die am 24.
Juni 1890 vom Reichstag abgegebene Erklä-
rung, wonach die Zahl der Dispositionsmänner
um etwa 6000 vermehrt werden würde, berufen.
Er wird darin Recht haben, daß sich, falls die
Militärverordnungen nicht angenommen werden, die deut-
schen Militärverwaltungen bis zum Ablauf des
Septembers für gebunden halten würden. Warum
sie es aber noch darüber hinaus sein sollten, ist
nicht abzusehen.“

Und lautet die Taktik des Drohens mit der
„vollen zweijährigen Dienstzeit“ verheißt; sie macht
einen heftigen Eindruck und führt wohl schwerlich
irgendwas Gutes. Auf diejenige Verfü-
gung der Mannschafte, welche schon seit Jahren
für notwendig und durch das System der Dis-
positions-Umläufe erreichbar erachtet wurde, be-
sondere die Militärverwaltung nur verzichten,
wenn sie sich selbst bisher in solchen Verträgen
befandigen und jede Folgerichtigkeit des Handelns
aufgeben wollte.

Zu den beachtenswerthen Bedenken,
welche im Interesse der Steuerpflichtigen, ins-
besondere der Handel- und Gewerbetreibenden,
gegen die Besteuerung des fundierten Einkommens
im Rahmen der Einkommensteuer geltend gemacht
werden, gehört die dadurch bedingte Erweiterung
der Deklarationspflicht für die letzteren. Nach
der beabsichtigten bisher nicht allgemein bekann-
ten Ausarbeitung der Grundzüge, welche der Steuer-
kommission des Abgeordnetenhauses zur Befür-
fassung vorliegt, soll die Heranziehung der phy-
sikalischen Personen zu der regelmäßigen 1/4 Prozent
des Einkommens betragenden Ergänzungsteuer
nach folgenden Regeln eintreten:

1. Als fundiertes Einkommen ist anzusehen das
Einkommen
1. aus Kapitalvermögen,
2. aus Grundvermögen,
3. aus Handel und Gewerbe

und zwar das ad 1 mit dem vollen zur
Einkommensteuer veranlagten Betrage, das
ad 2 und 3 nur unter den nachfolgenden
Beschränkungen.

- II. a) Das Einkommen aus verpachtetem oder
vermietetem Grund- und Haus-
besitz sowie der Mietverwerth der Woh-
nung im eigenen Hause werden in vol-
lem Betrage der Ergänzungsteuer un-
terworfen.
- b) Das Einkommen aus dem Betriebe der
Land- und Forstwirtschaft auf eigenen
oder fremden Grundstücken unterliegt
der Ergänzungsteuer nach nachfolgendem
Tarif.
- III. a) Das Einkommen aus vermietetem oder
verpachtetem Handel- und Gewerbe-
betriebe und Bergbau wird in vollem
Betrage der Ergänzungsteuer un-
terworfen.
- b) Das Einkommen aus eigenem Betriebe
von Handel und Gewerbe und Bergbau
unterliegt der Ergänzungsteuer nach
nachfolgendem Tarif. Dabei bleibt Ein-
kommen aus Betrieben mit weniger als
3000 Mark eigenem Betriebskapital von
der Ergänzungsteuer befreit.

IV. Der Steuerpflichtige hat die sich aus
I. II. und III. ergebenden besonderen An-
gaben in seiner Einkommensteuererklärung
zu machen.

Der erwähnte Tarif setzt für die unter II. b
und III. b erwähnten gemischten Einkommen einen
Abzug fest, welcher bei Einkommen bis 600 Mark
40 Prozent beträgt, bis zu Einkommen von
40,000 Mark allmählich bis 10 Prozent fällt
und bei höheren Einkommen überhaupt nicht statt-
findet.

Die Folge der verschiedenartigen steuerlichen
Beurteilung der unter II. a und b und III. a und b
aufgeführten Einkommen ist zunächst, daß, wäh-
rend ausweislich der Deklarationsformulare bis-
her das gesamte Einkommen aus Grundver-
mögen und aus Handel, Gewerbe und Bergbau
in einer Summe generell angegeben werden
konnte, in Gemäßheit der Nr. IV nunmehr ge-
trennt angegeben werden muß: bei Grundbesitz
a. das Einkommen aus verpachtetem oder ver-
mietetem Grundbesitz; b. der Nutzwerth der
Wohnung im eigenen Hause; c. das Einkommen
aus dem Betriebe von Land- und Forstwirt-
schaft. Bei Handel, Gewerbe und Bergbau
a. das Einkommen aus vermietetem oder ver-
pachtetem Handel, Gewerbe und Bergbau; b. das
Einkommen aus selbstbetriebenem Handel, Ge-
werbe und Bergbau.

Da ferner das Einkommen aus Kapital-
vermögen nach dem vollen Betrage, das aus
selbstbetriebenem Land- und Forstwirtschaft, selbst-
betriebenem Handel, Gewerbe und Bergbau aber
nach dem Abzug der Steuern zu bezeichnen sein
soll, so müssen in der Deklaration beide Einkommens-
zweige völlig genau getrennt werden. Nach § 12
des Einkommensteuergesetzes gehören alle wirklichen
Zinsen ohne Unterschied zu den Einkommen aus
Kapitalvermögen, die (nominalen) Zinsen des im
Handel und Gewerbe angelegten eigenen Kapitals
aber zu den Einkommen aus Handel und Gewerbe.
Wird ein Kapital daher zeitweilig zinslos, zeit-
weilig im Geschäftsbetriebe selbst verworben, wie
z. B. bei den sogenannten Saisonindustrien,
Zuckerfabriken u. s. w. regelmäßig befristet in
den Kampagne erforderlichen Kapitalien in den
täglichen Geschäftszweigen oder je nach der Gestalt
des Geschäftes auch bei zahlreichen Betrieben a. e.
Art, Banken und anderen vielfach der Fall ist,
so müssen die Zinsentzüge nach ihrem genauen
Betrag unter Einkommen aus Kapitalvermögen
bezeichnet werden, will man sich keiner Steuer-
hinterziehung schuldig machen, während jetzt eine
Unklarheit in dieser Beziehung ohne praktischen
Nachtheil bleibt.

Bei Prüfung und eventueller Beauftragung
der Deklaration endlich müssen dann natür-
gemäß auch die Spezialangaben besonders erörtert
und so in die Einzelheiten des Geschäftsbetriebes
tief eingedrungen werden.

Es ist klar, daß hierin eine sehr erhebliche
und wirtschaftlich sehr nicht unbedenkliche
Erweiterung der Deklarationspflicht namentlich
für Handel, Gewerbe und Bergbau liegt
während bei einer Steuer nach dem Vermögen
nach Vereinfachung der obliatorischen Vermögens-
angabe überhaupt eine Deklaration bezüglich

Ergänzungsteuer von den Steuerpflichtigen nicht
verlangt wird.

Zu der bekanntlich morgen, am 1. Januar
1893, in Kraft tretenden Novelle zum Kranken-
versicherungs-Gesetz waren vom Reichstage zwei
Resolutionen beschloffen worden, welche sich auf
die oisiblichen Tagesläge bezogen. Darin wurden
die veränderten Regelungen aufgeführt, ein-
mal thnächst gleiche Grundzüge für alle
Bundesstaaten bei der Berechnung dieser
Tagesläge zur Geltung zu bringen, sodann
eine anderweitige Festlegung der letzteren für den
1. Januar 1893 ins Werk zu setzen und schließ-
lich periodische Berichtigungen der festgelegten
ortsüblichen Tagesläge von Reichswegen herbei-
zuführen. In der dem Reichstage zugestellten
letzten Heft der über die Einkünfte des
Bundesrats war bereits mitgeteilt, daß den
ersten beiden Wünschen des Reichstages Rechnung
genommen sei. Jetzt ist an die Ausführung des
dritten gegangen. Das „Zentralblatt für das
deutsche Reich“ veröffentlicht die von jetzt ab
gültigen ortsüblichen Tagesläge, und man
wird wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß
von Zeit zu Zeit und namentlich dann, wenn den
ortsüblichen Tageslägen entsprechend umfassende
Veränderungen an den ortsüblichen Tageslägen
vorgenommen werden sind, diese Veröffentlichung
wiederholt werden wird.

Reisen, 31. Dezember. Viktor Spychalski
in Odesa, welcher vor einiger Zeit den Reife-
bissen in der Küche der Kolonnen von den Mägen
abstieß, wurde vom Gräblich von seiner guten
Stelle weg auf eine untergeordnete andere als
zweiter Vikar versetzt. Außerdem hat er eine
empfindliche andere Strafe erlitten.

Hamburg, 31. Dezember. (W. T. B.)
Die Cholera-Kommission des Senats theilt mit,
daß heute bei einem leicht erkrankten Arbeiter
Cholera festgestellt worden ist.

Frankreich.

Paris, 29. Dezember. Im Volkshaufe
auf Montmartre wurde eine Versammlung ge-
halten, über welche die abenteuerlichsten Gerüchte
gingen. Danach hätte es sich um nichts Geringe-
res gehandelt, als um einen Marsch von Revo-
lutionsmännern und Anarchisten nach dem
Elysee und die „Entthronung“ des Präsidenten
der Republik. Die schöne Rede des Ex-Kom-
mune-Mitgliedes Eugène im Gemeinderath über
die tiefe Stille und unangenehme Not-
wendigkeit der Einrichtung Ludwig XVI. hatte
auf Montmartre ein verärgertes Echo gefunden.
Dort tagen Sozialisten aller Schulen und Rich-
tungen unter dem Vorhange des Völkers Antriebs,
eines durch seine unglücklichen Kandidaturen ver-
bitterten Antriebers, nicht zu verwechseln mit
Herrn Antrieber, dem ehemaligen Polizei-Prä-
fekten. Wie schon neulich in der Salle Pöble,
so standen die „Panama-Desföchen“ auf der
Tagesordnung als Punkt 1. Punkt 2 bezog sich
auf die Haltung und das Benehmen aller
Sozialisten in der jetzigen Lage. Jetzt traten
einige Männer auf, welche außer wunderbaren
Entwüthungen über den Panama-Handel, die aber
dem Reiche der Phantasie angehörten, nichts
Neues vorbrachten. Bemerkenswerth war in
ihren Reden nur der eine immer wiederkehrende
Klang: „Die heutigen Ereignisse erleichterten
das Zusammengehen aller Sozialisten und
machten es zur Pflicht“. Jules Guesde ließ
vollends in die Krieg-trommel, indem er große
Dinge prophezeite.

„Die Ereignisse lösen einander mit rasender
Schnelligkeit ab“, rief er, „und wir müssen und
bereit halten. In Montfoucon, Marseille, Roubaix,
Lens gebietet die Arbeiterpartei schon im Staat-
saufe. Ist Paris aber auch griffen, wie die
Krook? Es gilt diesmal, nicht nur die oppor-
tunistische Fäulnis hinauszuführen, vor der
Bourgeoisie eine Mauer zu errichten, über die sie
nicht hinwegkommen kann, denen die Stürze zu
zeiten, welche die Republik in den Rath ziehen,
und auch denen, die sich eskamotiren möchten,
und in Acht nehmen vor Deraile, welcher die
Republik von 1802 einführen möchte, die das
Kaiserreich im Gefolge hat, und vor Wanden,
welche außer ihm die Verfassungspredigt ver-
langen. Die Revolution, die wir anstreben, ist eine
soziale. . . . Der Panama-Scandal befähigt
sich nicht etwa auf Frankreich; er ist der Vor-
ausgang jeder bürgerlichen Gesellschaft, aller
derer, die jedes Ding in Waare verwandeln

22. Die Pflichten des christlichen Staates dem Verderben gegenüber.
welches durch die Ohrenbeichte über die Völker gebracht ist.

Allerheiligster, Hochwürdigster Vater,
Allergnädigster Vater und Herr!

Und geliebte römisch-katholische Christen!

Die Pflicht jedes christlichen Staates, sei er nun römisch-katholisch,
sei er einer andern Konfession angehörig, ist es, der furchtbaren Un-
sittlichkeit, welche durch die antichristlichen Fragen in der Ohrenbeichte
hervorgehoben wird, ein Ende zu machen.

Die Gesetzgeber jedes christlichen Staates haben die
Pflicht, die verführerischen Fragen kennen zu lernen, welche der
Beichtvater nach den Vorschriften der antichristlichen Partei in der
römisch-katholischen Kirche jeder Beichtenden vorlegen muss. Diese anti-
christliche Partei hat mehr als 100,000 Priester, welche diese unzünftigen
Fragen den Frauen und Mädchen vorlegen müssen und dadurch unzünftige
Gedanken in denselben wieder und immer wieder erwecken
müssen. Im Durchschnitt beichten nach den Angaben von Geistlichen
bei jedem Beichtvater täglich 10 Frauen bez. Mädchen, das macht täglich
bei 100,000 Priestern eine Million, in jedem einzelnen Jahre 365 Millionen
beichtende Frauen bez. Mädchen, denen solche entzünftelnde Fragen
vorgelagt werden sollen, und von denen viele verführt, alle aber bedeckt
und zu sündigen Gedanken gereizt werden.

Kein Gesetzgeber eines christlichen Staates darf dieser entzünftlichen
Verführung zur Unzucht ruhig zusehen; wenn er sich nicht mitschuldig
an dieser Unzucht machen, und Gotte dafür Rechenschaft ablegen wil-
let doch die Frau für die Gesellschaft die Hüterin der Sitte
und der Zucht.

Erfahrungsmäßig sind alle römisch-katholischen Staaten durch Un-
zucht schwer geschädigt und in Verfall gekommen. Viele junge Män-
ner ziehen bei der zweifelhafte Keuschheit der Frauen unter dem Joche der
Priester die Ehelosigkeit vor. Frankreich, Spanien und viele ande-
r katholische Länder legen dafür Zeugnis ab durch die Menge der Jung-
gesellen, die jährlich zunimmt. Die Zahl der Familien und Geburten
vermindert sich in Folge bei ihnen sehr rasch; die Staaten kommen
mehr und mehr herunter.

In Frankreich ist das moralische Verderben der Frau ein lan-
wieriges Werk gewesen. Jahrhunderte hat es erfordert, um die edlen
Töchter Frankreichs zu beugen, zu brechen und in Sklavenketten zu

schlagen. Aber die, welche Frankreich kennen, wissen, dass diese Ver-
nichtung gegenwärtig ebenso vollkommen wie beklagenswerth ist. Die
sittliche Entartung der französischen Frau ist zur Stunde ein fait accompli,
welches niemand leugnen kann; die höchsten Geister haben das erkannt
und zugestanden. Einer der tiefsten Denker dieses unglücklichen Landes,
Michelet, hat dieses überaus tiefe und unwiederbringliche Verderben in
einem sehr beseelten Buche „Der Priester, die Frau, die Familie“ ge-
schildert und auf seinen Ursprung zurückgeführt; und nicht eine Stimme
hat sich erhoben, um in Abrede zu stellen oder zu widerlegen, was er
behauptet hat.

Jeder, der etwas von Geschichte oder Philosophie kennt, weiss sehr
gut, dass auf die sittliche Verderbnis der Frau allerorts das sittliche
Verderben der Nation ohne Verzug folgt, und dass der moralische
Verfall eines Volkes oft den äusseren Ruin und Untergang desselben nach
sich zieht.

Die französische Frau hatte bedingungslos die edle und schöne

Festung ihres Herzens, ihrer Einsicht und weiblichen Selbstachtung den

Händen ihres Beichtvaters schon viel früher überliefert, als ihre Söhne

bei Sedan und Paris ihre Schwerter den Deutschen übergaben. Die erste

bedingungslos Hingabe hat die zweite zur Folge gehabt.

In Spanien liegt nach Chiniqui der Hauptgrund, wenn nicht gar

die einzige Ursache des Falles dieses grossen Volkes in dem Beichtvater.

Auch dort hat er die Frauen verderbt und geknechtet, und die Frauen

haben wiederum ihre Männer und Söhne verderbt und in Sklavenketten

gelegt. Die Frauen haben mit eigener Hand die Saaten jener Sklaverei,

jenes Mangels an christlichem Ehrgefühl, an Gerechtigkeitssinn und Selbst-

achtung über ihr Land ausgesät, sie haben den Samen gestreut, den sie

von dem Beichtvater empfangen haben.

Italien hat, wie wir im 13. und im 10. Briefe sahen, furchtbar

unter diesem entzünftlichen Uebel gelitten.

In Irland ist der Hauptgrund für das Elend und den sittlichen

Verfall dieses Volkes die Unterwerfung des irischen Weibes durch die

Priester. Es ist allgemein bekannt, dass die geistige Sklaverei der irischen

Frau keine Grenzen hat. Nachdem aber sie geknechtet worden ist, hat

sie wiederum ihren Gatten und ihre Söhne geknechtet. Irland wird ein

Gegenstand des Mitleids bleiben; es wird so lange arm, elend, aufständisch,

blutgierig und entehrt sein, als es Christus von sich stösst und von

den Beichtvätern, welche den Befehlen der antichristlichen Partei ange-

hören, regiert wird.

Welches Unheil der Beichtstuhl mit seinen Fragen in Oester-
reich und in Baiern gestiftet hat, dass ist bekannt.

Wollen die Gesetzgeber der christlichen Staaten diesem immer
weiter fressenden, die Völker immer mehr entzünftlichen, durch die anti-
christliche Partei der römischen Kirche heraufbeschworenen Verderben
Einhalt thun, so müssen sie die durch diese Partei um ihrer weltlichen
Herrschaftsgelüste willen anbefohlene Entzünftlichung der Frau durch Gesetz
verhindern und bestrafen.

Im deutschen Reiche werden schon jetzt Lehrer und Erzieher,
welche mit ihren minderjährigen Schülern oder Zöglingen, ebenso Beamte,
welche mit Personen, die ihrer Obhut anvertraut sind, unzünftliche Han-
dlungen vornehmen, nach dem Strafgesetzbuch für das deutsche Reich,
§ 174, als Verbrecher mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft; die-
selben werden ausserdem ihres Amtes entsetzt.

Und dieser strengen Bestrafung, selbst wenn es sich auch nur um
Unzucht mit licherlichen Dirnen dreht, stimmen alle Bürger des deutschen
Reiches bei, obwohl bei allen diesen Beamten die Gefahr eine viel ge-
ringere ist, als bei den unsittlichen Fragen und der vielfachen Unzucht
unter den zum Cölibat verdammt Priestern der römischen Kirche. Um
diese viel grössere Gefahr zu beseitigen, ist es notwendig für die Geist-
lichen und die Beichtväter dieselbe Strenge des Gesetzes einzuführen,
welche jetzt bereits für alle Staatsbeamten gilt und dem § 174 des Straf-
gesetzbuches für das deutsche Reich folgenden Zusatz zu geben:

Geistliche und Beichtväter, die mit Personen, welche
ihrer Seelsorge, bezw. ihrem Beichtstuhle anvertraut
sind, unzünftliche Handlungen vornehmen, bezw. durch
unzünftliche Fragen oder Gespräche unzünftliche Vorstel-
lungen oder Gedanken in ihnen erwecken, werden mit
Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. Ausserdem ist vom
Richter auf die Unfähigkeit zu erkennen, ferner ein geist-
liches Amt zu verwalteten.

Nur durch ein solches Gesetz kann dem sittlichen Verderben,
welches durch die antichristliche Partei der römisch-katholischen Kirche
unter den christlichen Völkern verbreitet wird, ein Ende bereitet werden.

Euer Heiligkeit unterthänigst gehorsamster

und der geliebten römischen Christen ergebenster

R. Grassmann.

Theodor Fee, Stettin, Grabow a. D., Juchacz.

Dienstag:
Haus Lenei.